



Fremde – Feinde

Vorabdruck: Wichtigstes Motiv für die Wahl der AfD ist neben der Flüchtlingsthematik die Frage sozialer Gerechtigkeit. Ohne demokratische Umverteilung kann sie dem Rechtspopulismus nicht mehr genommen werden. Von Klaus Dörre

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · MITTWOCH, 27. JULI 2016 · NR. 173 · 1,50 EURO (DE), 1,70 EURO (AT), 2,20 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Trügerische Ruhe

Türkei: Trotz Ausnahmezustand wird Gelassenheit demonstriert. Doch die Anspannung ist groß

3

Klarer Befund

Studie: Jeder zweite Beschäftigte möchte seine Arbeitszeit reduzieren. Den wenigsten gelingt das

5

Geteiltes Land

Zypern: Nach dem Putsch in der Türkei könnten die Spannungen auf der Mittelmeerinsel zunehmen

7

Verschleppte Krise

Italien: Der Bankensektor krankt. Ministerpräsident Renzi will Euro-Steuerbürger zahlen lassen

9

Stunde der Hardliner

Nach Attentaten in Bayern: Rufe nach Reservistenarmee, Wiedereinführung der Wehrpflicht und Bundeswehr im Inland.

Von Michael Merz

Nachdem drei verschiedene Attentäter innerhalb einer Woche in Bayern mit Axt, Pistole und Sprengsatz losgezogen waren, um Menschen zu töten, gibt es bei den Hardlinern der Republik kein halten mehr. Die einen nutzen die Gunst der Stunde, ihre Strategie der Militarisierung des Landes umzusetzen. Die anderen schießen sich auf die Flüchtlingspolitik als vermeintliche Ursache der Attacken ein. »Wir brauchen eine Abschiedskultur«, sagte der CDU-Innenexperte im Bundestag, Armin Schuster, der *Stuttgarter Zeitung* vom Dienstag und Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) schloss gegenüber dem *Münchener Merkur* die Abschiebung abgelehnter Asylsuchender in Kriegsgebiete nicht mehr aus.

Noch während des Amoklaufs von München am Freitag abend hatte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen die Chance ergriffen, ihre im Textentwurf für das neue »Weißbuch« der Bundeswehr angestrebte Grundgesetzänderung, die von der SPD kassiert wurde, durch die Hintertür doch noch zu realisieren. Auf ihr Geheiß hin versetzte Generalinspekteur Volker Wierer eine Feldjägereinheit, Sanitätstrupps und Hubschrauberregimenter in Bereitschaft – obwohl 2.300 Beamte der Polizei sowie Antiterrorerheiten



Anschläge machen den Weg frei zur Militarisierung der Gesellschaft: Fallschirmjäger in Hassfurt/Hammelburg (Bayern)

jederzeit Herr der Lage waren. Das Signal der Militärs: Beim geringsten Anzeichen einer polizeilichen Überforderung werden – ungeachtet der Grundgesetzwidrigkeit – die Truppen von der Leine gelassen.

Trotz erfolgreicher Polizeiarbeit und der noch laufenden Ermittlungen folgte in den Tagen darauf die geistige Mobilmachung. Bei einer gestern begonnenen mehrtägigen Klausur der bayerischen Landesregierung scheint der Innenminister des Freistaats, Joachim Herrmann, nur ein Rezept zur Bewältigung von Amok und Terror zu kennen: Den Einsatz der Bundeswehr im Inland. Und auch CDU-Fraktionschef Volker Kauder (CDU) fühlte sich am Dienstag bemüßigt, den Koalitionspartner SPD auf Linie zu bringen: »Die Diskussion um den Bundeswehreininsatz im Innern kann ich in Teilen nicht nachvollzie-

hen«. Als »ziemlich dumm« und auch »pietätlos«, hatte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag, Burkhard Lischka, das Ansinnen in der *Mitteldeutschen Zeitung* bezeichnet und mit Blick auf den Amoklauf von München gefragt: »Was hätte die Bundeswehr da noch leisten sollen?«

Bild kolportierte am Dienstag ein »neues nationales Sicherheitskonzept«. Dieses lief darauf hinaus, zur Unterstützung der Polizei auch »Reservisten« – Freiwillige mit militärischer oder polizeilicher Ausbildung – einzusetzen. Als Vorbild diene die US-Nationalgarde oder der Reservedienst in Frankreich. Auf ihrer Webseite lässt die *Super Illu* den Publizisten Michael Wolffsohn zu Wort kommen, der gar die »Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für alle Deutschen« fordert. »Männer wie Frauen« soll-

ten künftig »für Sicherheitsaufgaben eingesetzt werden«. Den Grund teilt Wolffsohn auch mit: »Der Staat kann seine Aufgaben im Bereich Sicherheit derzeit nicht erfüllen, das ist offensichtlich.«

»Der Einsatz der Bundeswehr im Innern ist genauso falsch wie der Ruf nach einer Reservistenarmee«, erklärte die verteidigungspolitische Sprecherin der Linkspartei, Christine Buchholz, am Dienstag gegenüber *jW*. »Bewaffnete Einsätze von Soldaten schaffen keine Sicherheit, sondern sind Begleitmusik zur Aushebelung von Grundrechten.« Nichtsdestotrotz: Die Planungen für gemeinsame Übungen von Bundeswehr und Polizei laufen. Dabei soll laut *Spiegel online* das Militär bei einer akuten Terrorlage eingreifen. Es wird vermutet, dass der Angriff auf ein Fußballstadion simuliert wird.

Geiselnahme in französischer Kirche

Saint-Étienne-du-Rouvray. Bei einer Geiselnahme in einer Kirche in Nordfrankreich ist ein Priester getötet worden. Eine andere Geisel wurde bei der Attacke nahe Rouen lebensgefährlich verletzt, drei weitere blieben unversehrt, wie das französische Innenministerium am Dienstag mitteilte. Die beiden Geiselnahmer wurden bei einem Einsatz von Sondereinheiten der Polizei erschossen.

Die Angreifer hatten in einer Kirche in Saint-Étienne-du-Rouvray nahe Rouen mehrere Menschen in ihre Gewalt gebracht. Ein Sprecher des französischen Innenministeriums sagte, die Attentäter seien erschossen worden, als sie aus der Kirche gestürmt seien. Über Identität und mögliche Motive der Täter wurde zunächst nichts bekannt.

(AFP/jW)

Steuermehreinnahmen nach Rentenerhöhung



Berlin. Wegen der jüngsten Rentenerhöhung fließen jährlich zusätzlich Steuern in dreistelliger Millionenhöhe in die Staatskasse. 2017 sind rund 720 Millionen Euro mehr zu erwarten, wie ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums der *Rheinischen Post* (Dienstausgabe) sagte. 2018 sei es schätzungsweise ein Plus von 730 Millionen Euro. Die Zahl der Rentner, die Einkommenssteuer bezahlen müssten, vergrößere sich der Prognose zufolge 2017 auf 4,4 Millionen und 2018 auf 4,5 Millionen.

Die Renten waren zum 1. Juli so stark wie seit 23 Jahren nicht mehr gestiegen. Die Rentner im Westen erhielten zum Monatswechsel um 4,25 Prozent höhere Bezüge. Im Osten des Landes stieg die Rente um 5,95 Prozent.

(dpa/jW)

Massensterben im Mittelmeer

Zahl der seit Jahresbeginn ertrunkenen Flüchtlinge steigt auf über 3.000

Die Abschottungspolitik der EU treibt weiter Tausende Menschen in den Tod. Allein seit Jahresbeginn sind mehr als 3.000 Flüchtlinge bei Schiffsunglücken im Mittelmeer ertrunken. Die Zahl der Todesopfer liege damit deutlich höher als in den ersten sieben Monaten des Vorjahres, teilte die Internationale Organisation für Migration (IOM) am Dienstag mit. Im Vergleichszeitraum hätten 1.917 Menschen die gefährliche Überfahrt nach Europa nicht überlebt, dieses Jahr gebe es bereits mindestens

3.034 Opfer. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR schätzt die Zahl der Flüchtlinge, die seit 2014 beim Versuch einer Überquerung des Mittelmeers ums Leben kamen, auf mehr als 10.000.

Ein Grund für die höhere Zahl in diesem Jahr sei das Kentern mehrerer großer Schiffe, auf denen sich jeweils Hunderte Menschen befunden hätten, teilte die IOM mit. Nach ihren Angaben erreichten bis Ende Juli fast 250.000 Bootsflüchtlinge die europäische Küste. Allein in Italien kamen

demnach fast 90.000 Menschen an, Griechenland erreichten im selben Zeitraum fast 160.000 Flüchtlinge. Die meisten der in Europa ankommenden Schutzsuchenden stammen den Angaben zufolge aus Syrien, gefolgt von Afghanistan und dem Irak.

Allein seit Freitag wurden an einem Strand in Libyen die Leichen von 87 Flüchtlingen entdeckt, die offenbar auf der Überfahrt nach Europa ums Leben kamen. Eine Gruppe Freiwilliger habe die Opfer nahe der Küstenstadt Sabrata geborgen, sagte

ein Sprecher der örtlichen Stadtverwaltung am Montag der Nachrichtenagentur *AFP*. Die Leichen würden zur Entnahme von DNA-Proben zur Gerichtsmedizin gebracht, bevor sie registriert und dann beerdigt würden, so der Sprecher. Die Verwaltung hat erst kürzlich eigens eine Gruppe aufgestellt, um die Leichen ertrunkener Flüchtlinge an der Küste aufzusammeln. Anwohner wurden aufgerufen, die Behörden über Tote zu informieren.

(AFP/jW)

jW wird herausgegeben von 1.862 Genossinnen und Genossen (Stand 4.7.2016)
 www.jungewelt.de/lpg

